

Nassauer Anzeiger



Amtliches Organ

für die Stadt Nassau und für Bergnassau-Scheuern.
Publikationsorgan für das Amtsgericht Nassau.

Bezugspreis:
Vierteljahr 6.45 M. mit Frachtkosten.
Erscheint dreimal:
Dienstag, Donnerstag, Samstag
Einzelnnummer 25 Pfg.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile 50 Pfg.
bei amtlichen Bekanntmachungen 70 Pfg.
Die Reklamezeile 200 Pfg.

Filialen in: Bergnassau-Scheuern, Sulzbach, Schweighausen, Obernhof, Attenhausen, Hömberg, Elisenhütte.
Telegramme: Buchdruckerei Nassaulahn.

Bankkonto: Nassauische Landesbank Nr. 1830.

Fernsprechanruf Nr. 24.

Nr. 80

Druck und Verlag:
Buchdr. Feinr. Pöhlert, Nassau (Bahn).

Donnerstag, 15. Juli 1920.

Verantwortung:
Arthur Müller, Nassau (Bahn).

43. Jahrg.

Die Schlichtungsordnung.

Die seit langem angekündigte Schlichtungsordnung, die die gesetzliche Regelung aller Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern vorsieht, ist jetzt im Entwurf fertig gestellt.

Nach einem Bericht aus Berlin werden folgende Schlichtungsorgane gebildet: 1. Schlichtungsausschüsse, 2. Landesschlichtungsausschüsse, 3. ein Reichsschlichtungsausschuss. Oberstes Organ ist das Reichsarbeitsministerium. Die Schlichtungsausschüsse gliedern sich in Arbeiterschlichtungskammern, Angestellten- und Landesschlichtungskammern und Nachkammern, die Landesschlichtungsausschüsse in Revisionskammern und Landesschlichtungskammern, das Reichsschlichtungsausschuss in Revisionskammern und Reichsschlichtungskammern. Die unterste Behörde, der Schlichtungsausschuss, besteht aus einem unparteiischen Vorsitzenden und aus ständigen und nicht ständigen Beisitzern. Der Vorsitzende wird von der obersten Landesverwaltungsbehörde bestellt; er hat die Rechte und die Pflichten eines staatlichen Beamten. Die Landesschlichtungskammer besteht aus einem ebenfalls von der obersten Landesverwaltungsbehörde ernannten Vorsitzenden, der zum höheren Justiz- oder Verwaltungsdienst befähigt sein muß, ferner aus je einem ständigen und zwei nicht ständigen Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer. Die Revisionskammer des Landesschlichtungsausschusses ist mit einem Vorsitzenden, zwei richterlichen Beamten und je zwei ständigen Vertretern der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber besetzt. Sowohl die Richter wie auch die Beisitzer werden von der obersten Landesverwaltungsbehörde nach den Vorschlägen der Bezirks- oder des Landwirtschaftsrates bestellt. Die Revisionskammer des Reichsschlichtungsausschusses setzt sich wie die Revisionskammer des Landesschlichtungsausschusses zusammen. Den Vorsitzenden, die zwei richterlichen Beamten und die Beisitzer ernannt das Reichsarbeitsministerium.

Die wichtigste Bestimmung der neuen Schlichtungsordnung ist der § 86, der festlegt, daß der Schlichtungsausschuss von den Arbeitgebern angerufen werden muß, wenn diese eine Aussperrung beabsichtigen, und daß ebenso die Arbeitnehmer den Schlichtungsausschuss in Anspruch nehmen müssen, wenn sie die Arbeit einstellen wollen. Aussperrungen und Arbeitseinstellungen sind unzulässig, bevor nicht der Schlichtungsausschuss angerufen und wenn nicht eine Einigung zustande gekommen, ein Schiedsspruch gefällt ist. Erst nachdem der Schlichtungsausschuss den Fall behandelt und einen Schiedsspruch gefällt hat, darf gestreikt werden, wenn in geheimen Abstimmung mit Zweidrittelmehrheit der Streit beschlossen wird. Ist die oberste Verwaltungsbehörde der Meinung, daß durch den Streik die Gesundheit oder die Sicherheit der Bevölkerung oder ihre Versorgung mit dem notwendigen Lebensbedarf gefährdet werden, so kann sie den gestellten Schiedsspruch als verbindlich erklären. Die wilden Streiks sind überhaupt verboten. Die Arbeiter eines Betriebs können erst dann über den Streik abstimmen, wenn der Spruch des Schlichtungsausschusses vorliegt. Der Schlichtungsausschuss ist a u ß e r

die für örtliche Streitfälle, der Landesschlichtungsausschuss für Gesamtstreitigkeiten innerhalb seines Wirkungsbereiches und das Reichsschlichtungsausschuss für Gesamtstreitigkeiten, die in das Gebiet mehrerer Landesschlichtungsausschüsse fallen. Das Verfahren vor den Landesschlichtungsausschüssen und vor dem Reichsschlichtungsausschuss ist dasselbe wie vor dem Schlichtungsausschuss. Gegen die Entscheidung der Schlichtungsausschüsse ist Beschwerde zulässig, über die die Revisionskammer des Landesschlichtungsausschusses entscheidet. Die Entscheidung über die Beschwerde gegen die Landesschlichtungsausschüsse liegt der Revisionskammer des Reichsschlichtungsausschusses ob.

Der fünfte Abschnitt der Schlichtungsordnung regelt die Strafbestimmungen. Wer sich weigert, als Beisitzer eines Schlichtungsausschusses zu wirken, wird mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark bestraft. Wer Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse offenbart, die ihm als Mitglied einer Schlichtungsbehörde bekannt geworden sind, wird mit einer Geldstrafe bis zu 3000 Mark oder mit Gefängnis bestraft. Wer bei einer Gesamtstreitigkeit (darunter fallen Streiks, die von den Gewerkschaften geführt werden) gegen den Schiedsspruch verstößt, ihn absichtlich nicht erfüllt oder zum Streik auffordert oder anreizt, wird mit Geldstrafe bis zum Höchstbetrage von 3000 Mark bestraft (§ 259). Gegen Personen, die sich eines solchen Verstoßes schuldig machen und weder zu den am Streik beteiligten Arbeitnehmern noch Unternehmern gehören, kann auf eine höhere Geldstrafe erkannt werden und neben ihr für die Dauer von einem bis zu fünf Jahren auf Unfähigkeit, Mitglied einer Schlichtungsbehörde, einer Betriebsvertretung nach dem Betriebsrätegesetz oder einer sonstigen gesetzlichen Vertretung im Sinne des Artikels 165 der Verfassung des Deutschen Reiches zu sein. Bezieht ein Vorstandsmitglied oder sonstiger Vertreter, Angestellter oder Vertrauensmann einer wirtschaftlichen Vereinigung von Arbeitgebern oder Arbeitnehmern innerhalb der ihm zustehenden Befugnisse oder auf Veranlassung mit Unterfütterung oder mit Zustimmung der Vereinigung eine der im § 259 bezeichneten Handlungen, so kann außer gegen ihn, auch gegen die Vereinigung auf eine Geldbuße erkannt werden, deren Höhe unter Berücksichtigung der Zahl der durch die Gesamtschlichtung betroffenen Arbeitsverhältnisse und der Höhe der beteiligten Arbeitnehmer zu bemessen ist. Der Höchstbetrag dieser Geldbuße ist auf 1 000 000 Mark festgesetzt.

Volkswirtschaftliches.

Die Verkehrslage im Ruhrgebiet. Zur Verkehrslage im Ruhrgebiet wird mitgeteilt: Die Kohlenförderung der Region im Ruhrgebiet ging in der vergangenen Woche (vom 28. Juni bis 3. Juli) noch weiter zurück. Die Beteiligung an den verlagert zu fahrenden Lieferungen nimmt ab. Eine Reihe von Belegschaften hat auf Beschluß des Betriebsrates die Lieferungen eingestellt. Als Hauptgrund hierfür wird die schlechte Brotverforgung bezeichnet. Weiterhin ist zu berücksichtigen, daß die Förderung in den ersten Tagen des Monats jetzt geringer zu sein pflegt, und daß eine Anzahl Belegschaftsmittel zur Abstinenz beurlaubt ist. — Der Währungs-

port ging unter diesen Umständen glatt vonhatten. Von den Lagerbeständen wurden etwa 37 000 Tonnen abgefahren, so daß sie sich am 3. Juli nur noch auf 211 505 Tonnen beliefen. Die Wagensstellung betrug werktäglich 19 100 Wagen, gegen 20 750 in der Vorwoche. Der katholische Feiertag am 29. Juni ist hierbei, wie bei den folgenden Zahlen, nicht berücksichtigt. Noch größer war der Rückgang im Brennstoffumschlag der Duisburg-Ruhrorter Häfen. Hier wurden werktäglich 27 630 Tonnen gegen 32 480 Tonnen erzielt. Der Umschlag in der Kanalhäfen ging von 28 000 Tonnen auf 26 000 Tonnen zurück. Der Wasserstand des Rheines ist noch immer gut. Leider hat aber infolge der beträchtlichen Abtransporte in den letzten Wochen die für den Oberrhein in Betracht kommende Schleppkraft erheblich nachgelassen, so daß auf der Ruhrortter See zahlreiche Rähne auf das Abschieppen warten. Rahnenschiffraum steht im Rheingebiet noch genügend, im Kanalgebiet sogar reichlich zur Verfügung.

Kleine Chronik.

Der Kampf gegen die Flusspiraten auf dem Rhein wird jetzt mit aller Schärfe geführt. Nachdem eine Vermehrung der Gendarmestationen durchgeführt ist, ist jetzt von der Schiffsabteilung Mainz angeordnet worden, daß die Rheinfurter zur Zivilkontrolle bei Nacht begangen werden, der Rheinstrom selbst die ganze Nacht von Polizeibarkassen besetzt wird.

Am Freitag machte das neueste größte Zep- pelin-Luftschiff „Z 72“, das vor Ausbruch der Revolution von der Marineverwaltung bestellt worden war, und erst jetzt fertiggestellt worden ist, in Friedrichshafen seine erste glänzende verlaufene Probefahrt. Das Luftschiff muß in Wäde an Frankreich abgeliefert werden.

Was die Weinsteuer einbringt. Der Reinertrag aus der Weinsteuer für das Reich im Jahre 1919 wird von der „Deutschen Weinzeitung“ auf 467 175 241 Mark berechnet. Der Schaumweinsteuerertrag dürfte die Summe von 34 610 575 Mark ergeben.

Eine neue Streikmethode. Das Personal der Turiner Straßenbahn hat zu einer neuartigen Streikmethode gegriffen. Anstatt der Arbeitsniederlegung fährt das Personal das Publikum auf sämtlichen Straßen gratis und hat dadurch die unbedingten Sympathien des Publikums auf seine Seite gebracht. Das Eisenbahnpersonal will demnächst von dieser neuen Streikmethode gleichfalls Gebrauch machen.

Die Zahl der deutschen Studentinnen an den Universitäten des Reiches beläuft sich zurzeit auf 8122 gegenüber 2914 vor fünf und etwa 2000 vor zehn Jahren. Der verhältnismäßige Anteil der Frauen am Universitätsstudium ist seit 1910 von vier auf fast 11 v. H. gestiegen. Auf die einzelnen Studienfächer verteilen sich die Studentinnen folgendermaßen: Philosophie, Philologie und Geschichte etwa 3200 gegen 2000 vor fünf Jahren, Medizin 2192 gegen 944, Mathematik und Naturwissenschaften etwa 1200 gegen 691, Rechtswissenschaften und Staatswissenschaften 1150 gegen 185, Zahnheilkunde 182 gegen 65, Pharmazie etwa 120 gegen 16.

Bergmanns Töchterlein.

Roman von Martin Förster.
(Nachdruck nicht gestattet.)

„O nein, Herr Dietrich“, sagte sie, „ich müßte zur Ruhe zwingen, wie könnte ich das sein! Aber ich bin übermüdet. Ich — war so abgemüdet. Es tut mir so leid, aber —“

Er ließ sie nicht antworten.
„Sagen Sie jetzt kein Wort weiter, mein liebes Mädchen. Sie sind erregt, erschrocken. Ich habe Ihnen gesagt, was ich wünsche und hoffe, aber Sie sollen Zeit zur Überlegung haben. Sie sollen wohl bedenken, welche Antwort Sie mir geben wollen.“

Sie schwieg, und er fügte hinzu: „Ich habe vollkommenes Vertrauen in Ihre Einsicht und in Ihren richtigen Taktgefühl. Ich bin viel älter als Sie, aber ich könnte alles für Sie tun. Alles, was ich besitze, soll Ihnen gehören. Jeden Wunsch möchte ich Ihnen erfüllen. Nichts soll Ihnen abgehen. O, denken Sie, denken Sie an dies alles, und geben Sie mir Ihre Antwort vielleicht in vierzehn Tagen. Heute sage ich Ihnen gute Nacht.“

„Gute Nacht!“ sagte sie wie mechanisch und er entfernte sich eilig und ließ sie wie im Traum verloren stehen. Als ihr Vater nach zehn Minuten in den Garten zurückkehrte, fand er sie noch so unter dem Fliederstrauch.

„Jutta“, fragte er in eigentümlich bewegtem Tone, „wo ist Herr Dietrich?“

„Er ging soeben fort.“

„Und was hat er Dir gesagt, mein Kind?“ Er beugte sich über sie.

„O Vater, Vater, denke Dir!“ Sie schlug die Hände vor das Gesicht und brach in Tränen aus.

Er zog sie zärtlich in seine Arme, und es währte eine ganze Zeit, bis sie sich so weit beruhigen konnte, um ihm die stattliche Unterredung mitzuteilen. Die gewöhnliche Bedeutung war ihm eine große Beruhigung.

„Sage mir nur, lieber Vater, willst Du, daß ich ihn heirate?“ fragte sie in beinahe angstvollem Tone.

„Mein Kind, ich würde Dich niemals gegen Deine eige-

nen Wünsche zu beeinflussen suchen. Ich muß offen gestehen, auch mich hat der Antrag im ersten Moment nur erschreckt. Aber überlege Dir die Sache, Jutta. Die Jugend vergeht, und das Leben ist ernst. Er ist ein reicher Mann, und er würde Dich an Händen tragen.“

„Aber er ist so alt, und überhaupt — o Vater, ich kann es nicht!“

„Dann tu es nicht. Ich gebe Dir nur meinen väterlichen Rat. Ich möchte Dich glücklich sehen, mein Kind. Ich möchte, was mich auch treffen möchte, Dich gegen Sorge und Mangel geschützt wissen. Die Frau eines armen Mannes hat viel zu ertragen, ihr Leben ist oft eine lange Qual. Aber lassen wir das jetzt. Du hast Zeit, darüber nachzudenken. Denke nur an Dich allein. Wenn Du einen ganz festen Entschluß gefaßt hast, wollen wir wieder über die Sache reden.“

Inzwischen war der ständige Bewerber des schönen Mädchens ganz wohlgeunt nach Hause gegangen. Er war nicht so töricht gewesen, sich einzubilden, daß ein so seltenes liebes Geschöpf wie Jutta sich sofort in seine Arme werfen würde. Er hatte sogar von Vater und Tochter einen weit heftigeren Widerstand gegen seine Wünsche vorausgesetzt und war folglich noch ganz froh gewesen über das Resultat seiner Anfrage.

Die Beförderung des Vaters zum Unteramtsleiter war ihm in erster Linie nur Mittel zum Zweck. Ein solches Entgegenkommen seinerseits mußte die Betreffenden für ihn einnehmen, ganz abgesehen davon, daß er überzeugt war, den Mann durchaus an seinen richtigen Platz gestellt zu haben. Nun sah er in aller Ruhe der weiteren Entwicklung der Dinge entgegen.

Seit jenem Abend im Garten war eine Woche vergangen. Sachse war bereits in seine Stellung als Unteramtsleiter eingetreten und mit vielen Zeichen der Genehmigung von Seiten der Vergleute und Beamten im Platz begrüßt worden.

Er war von Jugend auf eine sehr populäre Persönlichkeit gewesen, stets geachtet wegen seines Fleißes und seiner geistigen Fähigkeiten. Auch seine bewährte Unerschrockenheit, die er in vielen Fällen von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern bewiesen, hatte ihm das unbedingte Vertrauen der Vergleute gewonnen, deren Vorgesetzter er jetzt war.

Eines Morgens kurz nach sechs Uhr befand sich der neue

Unteramtsleiter mit den Feuerleuten in seinem Versteck. Vor zehn Minuten waren die letzten Vergleute in den Schacht gestiegen und jetzt auf dem Wege zu ihren Arbeitsstellen. Die Leute der Tageschicht waren zu verschiedenen Teilen des Bergwerks geschickt. Der Aufseher und seine Gehilfen waren oben an dem Schacht einzeln beschäftigt.

Die Knechte führten gefüllte Wasserkübel zum Schacht und nahmen leere zurück. Alles war in vollem Gange.

„Ich möchte heute eine gründliche Untersuchung aller Luftgänge vornehmen“, sagte Sachse zu einem Feuermann. „Habt Ihr Zeit?“

„Oben bei Nummer drei ist eine verstopfte Stelle“, entgegnete dieser, „wir wollen heute versuchen, sie zu reinigen.“

„Dann ist es besser, Ihr tut das, John. Vielleicht kann ich die Luftgänge allein untersuchen. Ich glaube, einige sind in sehr schlechtem Zustand.“

„Ja“, erwiderte der Feuermann. „Gena sprach oft davon, daß er sie reinigen lassen wollte, aber ich glaube, der Herr scheint die Kosten.“

„Wenn die Luftgänge schlecht sind, so müssen sie ausgebessert werden. Wie würde es uns ergehen, wenn der Vergleutektor uns einen unerwarteten Besuch machen sollte? Habt Ihr jemanden, der mich begleiten könnte?“

„Da ist ein Arbeiter oben, der einen Gang reinigt. Er wird vielleicht in einer halben Stunde fertig sein.“

„Wer ist es?“

„Franz Degow.“

„Franz Degow? Ich kenne ihn nicht. Ist er ein neuer Arbeiter?“

„Ja, er ist erst acht Tage hier, aber er scheint ein tüchtiger, junger Mensch zu sein, ruhig und anständig. Soll ich ihn sagen, daß er herkommt, wenn er fertig ist?“

„Ja, tut das.“

Der Feuermann kehrte zu seiner Beschäftigung zurück und Sachse beugte sich über den Tisch und schrieb seinen Morgen-

bericht über den Zustand des Bergwerks und die Zahl der darin beschäftigten Leute. Er war kaum damit fertig, als die Tür sich öffnete und ein gebräunter, gut aussehender, junger Bursche eintrat.

Die Verhandlungen in Spa.

Kohlenfrage und Wiedergutmachung. Spa, 12. Juli.

Heute nachmittag 1/4 4 Uhr trafen die Hauptvertreter der auf der Konferenz vertretenen Regierungen zu einer Besprechung zusammen, an der deutscherseits Reichskanzler Fehrenbach und Reichsminister Dr. Simon teilnahmen. Zunächst wurde die Frage der Kohlenlieferungen erneut behandelt. Die alliierten Regierungen teilten mit, daß sie nach eingehender Prüfung zu dem Beschluß gekommen seien, daß es grundsätzlich bei der im Friedensvertrag vorgesehenen Festsetzung der deutschen Kohlenlieferungen verbleiben müsse, daß aber die Wiedergutmachungskommission die auf monatlich 2 1/2 Millionen Tonnen festgesetzte Kohlenlieferung angesichts der deutscherseits dagegen erhobenen Bedenken für die nächsten sechs Monate versuchsweise auf 2 Millionen Tonnen herabgesetzt habe.

Reichsminister Dr. Simon erklärte darauf nach Rücksprache mit den deutschen Sachverständigen, daß der deutschen Regierung ein Versprechen, monatlich 2 Millionen Tonnen zu liefern, unmöglich sei. Zurzeit könnten nur 1 bis 1,1 Millionen Tonnen monatlich geliefert werden. Es sei aber eher zu fürchten, daß die Erzeugung immer mehr zurückgehen werde und die Delegation bei mangelhafter Ernährung immer unwilliger werde Überbückungen zu verfahren. Wenn die Lebensmittelversorgung sich bessere, so werde sich die Erzeugung innerhalb weniger Wochen so steigern lassen, daß den Alliierten etwa 300 000 Tonnen im Monat mehr zugesagt werden könne. Eine weitere Erhöhung um 3 bis 400 000 Tonnen werde durch die Ausdehnung neuer Bergarbeiter möglich sein, aber erst im Laufe einer größeren Zahl von Monaten bis zu einem Jahre, so daß die Lieferung dann auf 1,7 bis 1,8 Millionen Tonnen monatlich erhöht werden würde. Sofern ein Abkommen auf dieser Grundlage nicht möglich sein sollte, schlage die deutsche Regierung vor, die Festsetzung der zu liefernden Menge der Wiedergutmachungskommission zu überlassen, die alsdann aber verantwortlich für die Folgen sein und die Sorge für die Durchführung ihrer Beschlüsse tragen müsse.

Die alliierten Regierungsvertreter erklärten in der Besprechung nochmals, daß es bei dem gemeldeten Beschluß sein Bedenken haben müsse, sofern nicht die deutschen Vertreter nochmals ihren Beschluß in Erwägung ziehen sollten, was Lloyd George dringend empfahl.

Reichsminister Simon versprach, entgültig Antwort zu geben.

Mitdem wurde in die Besprechung der allgemeinen Wiedergutmachungsfragen eingetreten. Die alliierten Regierungen machten den Vorschlag, zur Prüfung des gesamten Komplexes der von Deutschland gemachten Vorschläge eine gemischte Kommission einzusetzen, die aus den zuständigen Ministern der alliierten Staaten, ferner aus den Völkern Frankreichs und Großbritanniens in Berlin und den Mitgliedern der Wiedergutmachungskommission für die einzelnen Punkte bestehen sollte. Die deutschen Delegierten stimmten diesem Vorschlag zu und überreichten im Anschluß daran ein Exposé des Ernährungsministers, in dem vorgeschlagen wird, auch für die Ernährungsfrage einen besonderen Ausschuss einzusetzen. Die Sitzung wurde gegen 6 Uhr geschlossen und eine neue Sitzung der Regierungsbauher auf morgen 1/5 5 Uhr angesetzt. Die gemischte Kommission tritt morgen nachmittag 11 Uhr zum ersten Male zusammen.

Ein Vorschlag der Alliierten.

Die Alliierten haben Frankreich einen Vorschlag gemacht, der Frankreich dazu bestimmen soll, entgegenzukommen und die Kohlenforderung an Deutschland von 2 700 000 Tonnen auf 1 800 000 Tonnen zu ermäßigen. Herr Hugo Stinnes wurde heute als deutscher Sachverständiger von der Kohlenkommission gehört. Er sprach ruhig und machte sehr bestimmte Angaben.

Eine Erklärung Dr. Simons.

Minister Dr. Simon erklärte einem Zeitungsvertreter in Spa, die Entscheidung der Alliierten in der Demobilisierungsfrage sei unausführbar; die Zukunft werde das beweisen. Ohne Gewalt könne Deutschland nicht demobilisieren. Deutschland werde den Versuch machen, seine Verpflichtungen zu erfüllen; aber es sei schon jetzt absolut sicher, daß dies unmöglich sein werde. Der Minister erklärte auch, daß er mit dem Verlauf der Konferenz sehr zufrieden sei, weil bereits vier große Kommissionen eingesetzt seien. Die Befragung des linken Rheinufer sei kostspielig. Weiter sei Schlesien für Deutschland unerlässlicher Besitz, wenn die Kohlen, die verlangt würden, den Alliierten geliefert werden sollten. Außerdem verbinde die Beseitigung der Kolonien die ausreichende Ernährung Deutschlands. Diese drei Punkte verringerten die deutsche Finanzkraft.

Stinnes Rede.

Die von einer Nachrichten-Agentur verbreitete Meldung, daß der Reichskanzler oder Reichsminister Simon am den Generalsekretär der Konferenz oder an ein anderes Mitglied der Konferenz ein Schreiben gerichtet, habe in dem er sich wegen der Rede des Herrn Stinnes in der Sitzung vom Samstag morgen entschuldigt hätte, ist unrichtig. Es hat Reichsminister Simon gelegentlich eines Gesprächs mit dem Generalsekretär der Konferenz auf dessen Frage wiederholt, was er schon vor der Rede des Herrn Stinnes in der Konferenz erklärt hatte, nämlich, daß diese Rede nicht mit ihm verhandelt sei und daß er deshalb für ihre Form keinerlei Verantwortung trage.

Berlin. Nach einem Bericht des „V. Z.“ aus Spa sei Lloyd George an der Ruhr erkrankt, was auf das schlechte Trinkwasser in Spa zurückgeführt werde.

Otto Hue.

Der Bergarbeiterführer Otto Hue, den am Samstag Lloyd George wegen seiner „vortrefflichen Rede“

in der Kohlenfrage vor der Konferenz in Spa beaknawünscht hat, ist Gewerkschaftsbeamter mit dem Wohnsitz in Essen. In Erscheinung und Wesen ein echter Westfale, hat Hue mit eisernem Fleiß und ungewöhnlicher Begabung sich vom einfachen Arbeiter zu einem der kenntnisreichsten und auch einflussreichsten deutschen Arbeiterführer emporgearbeitet. Zuerst war er als Schlosser tätig, auch bei Krupp in Essen. Nach den damals üblichen Wanderjahren als Handwerksbursche trat er vor etwa 25 Jahren in die Redaktion der damaligen „Verg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ in Bochum, der heutigen „Deutschen Bergarbeiterzeitung“, ein. Auf seinen Reisen in Oesterreich, Belgien, Frankreich und England erweiterte er sein Fachwissen. Die ganze Energie, die diesen deutschen Arbeiter immer ausgezeichnet hat, spiegelt sich wieder in seinem zweibändigen Werk der Bergarbeitergeschichte, einer historischen Darstellung der Bergarbeiterverhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit. Gewerkschaftlich und politisch ist sich Hue immer gleichgeblieben. Seine Anschauungen und Grundansätze waren immer dieselben, wie sie jetzt in seiner Rede in Spa zu lesen sind. Er trat immer und überall für einen Zusammenschluß der Bergarbeiter aller Richtungen und aller Länder ein, und in seiner Bekämpfung der ganz Radikalen machte er nie Zugeständnisse. Schon lange hat Hue Wert ein sehr aufmerksames Ohr in den Arbeiterkreisen und in der breiten Öffentlichkeit gefunden.

Englisch-amerikanischer Zwischenfall.

Der Korrespondent des „Intransigent“ in Spa meldet von einem englisch-amerikanischen Zwischenfall: Lloyd George sagte zu einem amerikanischen Journalisten auf die Frage, warum man in der Frage der Wiedergutmachungen nachgeben wolle, die Amerikaner seien daran schuld, daß sich die Alliierten in einer schlechten Lage befänden. Das sei nach Amerika gelabelt worden. Lloyd George, der bei dem Vorfall der englisch-amerikanischen Presse den Vorfall führen sollte, sei nicht erschienen. In Spa werde allgemein von diesem Zwischenfall gesprochen.

Die Einmarsch-Klausel.

Eine amtliche Feststellung.

Von französischer Seite wird verbreitet, daß Deutschland durch die am 9. Juli erfolgte Unterzeichnung des Protokolls über die Entwaffnung sich der von den alliierten Mächten angeordneten Befehle weiterer deutscher Gebietsverluste, insbesondere des Ruhrgebietes ausdrücklich unterworfen habe. Die deutsche Delegation erklärt diese Auffassung für völlig unbegründet und den Tatsachen widersprechend. Die deutscherseits am Schluß des Protokolls abgegebene Erklärung besagt lediglich, daß die deutsche Regierung von der Entscheidung der alliierten Mächte Kenntnis nimmt und daß sie die Bestimmungen, soweit sie Deutschland betreffen, d. h. ihm positive Leistungen auferlegen, ehestmöglich erfüllen werde. Außerdem erklärte der Reichsminister Simon vor Unterzeichnung des Protokolls in einer Sitzung der Konferenz ausdrücklich, daß die deutsche Delegation ihre Zustimmung zu der angeordneten Befehle weiteren deutschen Gebiets nicht geben könne, worauf der britische Premierminister Lloyd George erwiderte, daß eine derartige zustimmende Erklärung seitens der deutschen Delegierten weder erforderlich sei noch auch von ihnen erwartet werde, weil sich ihre Zustimmung lediglich auf die Deutschland auferlegten Verpflichtungen zu beziehen brauche. Der Präsident der Konferenz Delacroix, bekräftigte diese Auffassung.

Wenn in dem offiziellen Communiqué über die Sitzung vom 9. Juli weiter gesagt wird, der britische Premierminister habe bemerkt, daß Deutschland bereits im Protokoll vom 10. Januar 1920 seine Zustimmung zur Befehle weiteren deutschen Gebiets gegeben habe, so ist hierzu folgendes festzustellen: Der Reichskanzler hat sich mit dieser letzten Bemerkung Lloyd Georges in keiner Weise einverstanden erklärt, sondern hat vielmehr genau den gleichen Standpunkt eingenommen den Reichsminister Dr. Simon vertrat. Der Schlussatz des Protokolls vom 10. Januar 1920 gab den Alliierten nur das Recht, bis zum Eintritt des Friedenszustandes wegen bestimmt bezeichneter Waffenstillstandsverletzungen militärisch einzuschreiten. Diese Einschränkung, welche den Passus völlig bedeutungslos machte, da der Friedenszustand unmittelbar nach der Zeichnung des Protokolls durch die Ratifikation eintrat, ist in dem vorhergehenden Notenwechsel namens der Alliierten von Clemenceau schriftlich anerkannt worden. Die Alliierten können sich also auf dieses Protokoll nicht berufen.

Glänzender deutscher Sieg.

Berlin, 12. Juli.

Vorläufiges Abstimmungsergebnis: Westpreußen 99 316 abgegebene Stimmen, davon 91 634 deutsch, 7 682 polnisch; demnach 92 Prozent deutsch. Ostpreußen 361 063 abgegebene Stimmen. Davon deutsch 353 655, polnisch 7 408, also 97,9 Prozent deutsch.

Ueber alle Erwartung glänzend ist dieses Ergebnis! Es ist ein Sonnenbild in allerträuflicher Zeit, der uns tröstend zuzieht: Deutsches Herz verzage nicht! Darf heißen Dank allen denen, die durch Abgabe ihrer Stimmen, durch ihre Mitarbeit in Wort und Schrift dazu beigetragen haben, daß das alte deutsche Gebiet, das deutscher Fleiß, deutsche Energie und deutscher Geist in jahrhundertelanger harrer Arbeit zu einer blühenden deutschen Kulturlandschaft geschaffen haben, dem Deutschum erhalten bleibe.

Die Abstimmung in Ost- und Westpreußen, die ohne jeden Zwischenfall verlaufen ist, hat einen über alles Erwartung günstigen Erfolg für das Deutschum gebracht. Wenn man die noch ausstehenden Ostpreußen in Ostpreußen hinzuzählt, wird man im dortigen Abstimmungsgebiet mit 98,2 Prozent deutschen Stimmen rechnen dürfen. In Westpreußen werden es 92 Prozent sein, wobei man zu berücksichtigen hat, daß das deutsch-polnische Verhältnis dieses Abstimmungsgebietes wie 48:42 steht. Hieraus ergibt sich also, daß ein sehr großer Teil der polnisch sprechenden Bevölkerung für Deutschland gestimmt hat. So ist z. B. in Groß-Varlitz, dem Besitz des Grafen Strakosky, des polnischen Bevollmächtigten bei der Interalliierten Kommission und eifrigen Vorstämpfers für die Polen, sogar eine geringe deutsche Mehrheit erzielt worden. Im Kreise Stolp, der am meisten bedroht schien, sind 18 298 deutsche und nur 4919 polnische Stimmen gezählt worden. Einige Ortschaften mit polnischer Mehrheit haben nur eine ganz geringe Einwohnerzahl und reichen nicht an die Weichsel heran. Die Weichselüberbrun-

selbst hat geschlossen deutsch gestimmt. Dies erfreuliche Ergebnis ist der freudigen Wahlbereitschaft der Abstimmungsberechtigten, den Bemühungen des deutschen Schutzbundes und der opferfreudigen Tätigkeit der Leiter, Abstimmungsleiter Gahl für Ostpreußen und des Grafen Pauli für Westpreußen, auszusprechen.

Dank der Regierung.

Der Reichskanzler sandte aus Spa nachstehendes Telegramm an den Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen:

Das Ergebnis der Abstimmung in Ost- und Westpreußen ist ein heller Lichtblick in schwerer und erster Zeit. Deutsche Treue konnte sich in diesen Tagen nicht überzeugender beweisen. Ich bitte Sie, der Bevölkerung der deutschen Ostmark, die so erhabend für das alte Vaterland Zeugnis ablegt, den allerherzlichsten Dank der Reichsregierung zum Ausdruck bringen zu wollen.

Die preussische Staatsregierung erhielt folgende Kundgebung an den Oberpräsidenten in Königsberg i. Pr., den Staatskommissar Rohn, v. Gahl in Allenstein und den Staatskommissar Graf Pauli in Marienwerder:

Den Mitbürgern in den ostpreussischen und westpreussischen Abstimmungsgebieten und besonders noch denen in Ermeland und Masuren, die ihrer Treue zum preussischen und deutschen Vaterlande so überwältigenden Ausdruck verliehen haben, sagt die preussische Staatsregierung ihren wärmsten Dank. Wir wußten, daß die Bewohner des Landes, das dem ganzen Staate den Namen gab, die Letzten sein würden, die Preußen im Stiche lassen würden. Preussisches Staatsministerium.

Nach der preussischen Statistik sind im Kreise Stuhm 44 Prozent der Bevölkerung polnisch, nach dem Wahlergebnis haben nur 20 Prozent für die Polen gestimmt.

Die Kämpfe im Osten.

Der bolschewistische Vormarsch und der fluchtartige Rückzug der Polen geht weiter. In Podolien weicht der polnische General Romer und die Bolschewiki sind ihm auf den Fersen. In der Mitte ist Minsk von den Bolschewiki besetzt und die Ostforts von Brest-Litowsk liegen unter artillerischem Feuer der Bolschewiki. Im Norden haben die Bolschewiki ihre Erfolge befestigt und erweitert. Die Polen räumen auch das von ihnen besetzte litauische Gebiet und die litauischen Truppen folgen ihnen. Sie haben die Bahnlinie Dinaburg-Wilna besetzt und stehen nur noch 20 Kilometer vor Wilna, um das zwischen den Polen und Litauern solange ein heftiger Streit getobt hat. Da nicht anzunehmen ist, daß die Bolschewiki an der litauischen Grenze Halt machen werden, so haben die Litauer eine allgemeine Mobilisierung angeordnet, um ihre Unabhängigkeit zu verteidigen.

Friedensverhandlungen?

Die russische Handelskonferenz, an der Vertreter Letlands, Estlands, Sowjetrusslands, Polens, Litauens und der Ukraine teilnehmen, nimmt am 20. Juli in Riga ihren Anfang. Man rechnet mit einer Beteiligung von hundert Vertretern der verschiedensten Staaten. Von Sowjetrussland sollen Joffe und Krassin teilnehmen. Die Konferenz wird sich vor allem durch das Zusammentreffen der Vertreter von Sowjetrussland und von Polen interessant gestalten, und es ist anzunehmen, daß in Riga Friedensverhandlungen zwischen den beiden Staaten aufgenommen werden.

Die Alliierten haben der Sowjetregierung den Abschluß eines Waffenstillstandes mit Polen vorgeschlagen, und zwar unter der Voraussetzung, daß sich die Polen innerhalb ihrer rechtmäßigen Grenzen zurückziehen. Dem Waffenstillstand würde dann eine Friedenskonferenz aller Handelsstaaten folgen. Wenn die Sowjetregierung ablehnt, oder wenn sie Polen innerhalb ihrer eigenen Grenzen angreift, so werden die Alliierten Polen volle Unterstützung zuteil werden lassen.

Der „Petit Parisien“ meldet, Grafski habe an General Pilsudski telegraphisch die notwendigen Befehle zur Einstellung der Kämpfe und Einstellung von Waffenstillstandsverhandlungen übermittelt. Marshall Joffe und der polnische Ministerpräsident besprachen die Maßnahmen, die von den Alliierten getroffen werden sollten, um Polen im Kampf gegen den Bolschewismus zu unterstützen. Das polnische Hauptquartier soll bessere Nachrichten von der Front erhalten haben, die sich wieder zu festigen scheinen.

Wie der „Times“-Korrespondent aus Warschau berichtet, haben die Sozialisten im polnischen Landtag Friedensverhandlungen mit Russland vorgeschlagen. Tschitscherin soll zu einem Friedensschluß mit Polen bereit sein, dagegen verlangen andere bolschewistische Führer, daß zunächst Warschau von den Sowjettruppen befreit werden solle. Nach einer Meldung aus Moskau betreibt eine von zwei Volkskommissaren geleitete Aktion im Sinne Lenin und Trozki gegen diesen Friedensschluß und auf die 70 000 Chinesen, die sich dem bolschewistischen Heere angeschlossen haben.

Zum Befehlshaber der neuen polnischen Freiwilligenleere ist der General Josef Haller ernannt worden. Der Rückzug der Polen auch aus dem litauischen Gebiet ist im ununterbrochenen Fortschreiten. Die litauischen Truppen besetzen die geräumten Gebietsstrecken sofort, nachdem sich die Polen daraus zurückgezogen haben. Auch Wilna wird in größter Eile geräumt. Die nachrückenden litauischen Truppen haben sich Wilna auf 18 Kilometer genähert und stehen schon jetzt in Sandoverow.

Der „Petit Parisien“ teilt mit, daß Minsk von den roten Truppen genommen worden ist.

Zur Tagesgeschichte.

Rückkauf deutscher Schiffe.

In der letzten Zeit verläuft gerüchweise von der Absicht englischer Reedereien, eine größere Zahl der Deutschen als Entgelt für Scapa Flow abgenommenen Schiffe an deutsche Reedereien beziehungsweise an die deutsche Regierung zu verkaufen. Eine Hamburger Meldung der „Berliner Morgenpost“ bestätigt jetzt diese Rache. Es wird dabei besonders hervorgehoben, daß die Anregung von englischer Seite ausgegangen sei. Der Kaufpreis soll 5 Jahre gestundet werden. Die Forderung, daß die Schiffe die britische Flagge führen müßten, haben die deutschen Reedereien abgelehnt, worauf die Engländer vorschlugen, daß sie eine neutrale Flagge führen sollten.

Aus dem besetzten Gebiet.

Saarbrücken, 11. Juli. Der Metallarbeiter ist beendigt. Die Arbeiter- und die Arbeiterinnenvereine vereinbarten die Wiederaufnahme der Arbeit für Montag. Die Streiktagelöhne werden nicht bezahlt, es finden aber auch keine Maßnahmen statt.

Speyer, 11. Juli. Die letzte Festung der Pfalz, die Rheinpfalz Germersheim, fällt jetzt auch dem besetzten Gebiet zu. Die Festung ist zu schleifen. Zu Beginn des Weltkrieges wurden die ständigen Befestigungsanlagen Germersheims verstärkt und erweitert: es entstanden ausgedehnte Feldanlagen, Betonunterstände, Schützengräben, Batteriefälle usw., die zum Teil schon bald nach dem Einrücken der Franzosen 1918 und 1919 zerstört wurden, wobei die Anlagen entfernter Bewohner der Gegend sich vielfach das Baumaterial, Stacheldraht und dergl. mitnehmen durften. Jetzt hat das Stadtbauamt der Reichshauptstadt Speyer die Niederlegungsarbeiten übernommen, mehrere hundert Arbeiter sind hierbei tätig. Die freiverwendbaren Steine usw. werden Verwendung bei Notwohnungen und dergl. finden.

Ludwigshafen a. Rh., 11. Juli. Der sozialdemokratische hiesige Konsumvereinsdirektor Paul Klee wurde zum zweiten Bezirksbürgermeister gewählt. Den dritten Bürgermeisterposten erhielt die U. S. P. mit dem Gewerkschaftsbeamten Jakob Müller, den vierten Bürgermeisterposten Reichsanwalt Buscher von der Zentrumspartei. Der durch die Wahlen am 24. Februar d. J. erwachsene Schaden beträgt 325 000 Mark. Der Stadtrat beschloß, zunächst 80 Prozent davon auszusparen.

Saarbrücken, 12. Juli. Nach den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen stellt sich die politische Stimmungslage als Sieg der bürgerlichen Parteien dar, auf die maßgebend zwei Drittel der abgegebenen Stimmen entfielen, während die sozialistischen Parteien ein Drittel erhielten. Die auf die Liste der wirtschaftlichen Vereinigung der Saarländer, die sogenannte Verbindungsliste der abgegebenen Stimmenzahl war verschwindend gering.

Saarbrücken, 13. Juli. Das Regierungsamt hat veröffentlicht die Ernennung Prof. R. H. N. S. zum Präsidenten des Obersten Gerichtshofes des Saargebietes.

Kleine Meldungen.

Berlin. Einer Meldung der „Kreuzzeitung“ zufolge, hat das Kabinett beschlossen, die Reichspräsidentenwahl erst nach der Abstimmung in Ober-Schlesien stattfinden zu lassen.

Berlin. Die aus parlamentarischen Kreisen verläutet, wird der Reichstag voraussichtlich vom 23. Juli bis zum 6. August wieder versammelt sein. Vor der Vertagung bis Mitte September würden noch die wichtigsten Gesetze verabschiedet und die Beschlüsse der Konferenz von Spa besprochen werden.

Berlin. Aus den endgültigen Abstimmungsergebnissen in Ost- und Westpreußen ergibt sich, daß viele Wähler für Deutschland gestimmt haben. Es ist festgestellt worden, daß etwa 30 Prozent aller in Ost- und Westpreußen ansässigen Wähler für Deutschland ihre Stimme in die Urne geworfen haben.

Berlin. Am 14. Juli werden sämtliche Oberbürgermeister und Leiter der Sicherheitspolizei beim Minister Severina zu einer Besprechung über die Umformung der Sicherheitswehr zusammengetreten.

Dresden. Hier kam es in der Markthalle infolge der hohen Kartoffelpreise zu Ausschreitungen der Käufer, so daß die Halle geschlossen werden mußte.

München. Die Regierungsbildung in Bayern ist erfolgt. Die alte Regierung bleibt. Neu besetzt wird nur das Justizministerium, das die Demokratische Partei an die beiden Reichsparteien abgibt. Das Zentrum hat in der Regierung die politische, wirtschaftliche und kulturelle Kraft.

Kopenhagen. Professor Frithjof Nansen ist in Moskau angekommen und hat die Verhandlungen über die Heimführung der deutschen und österreichischen Gefangenen begonnen. Der Stand der Angelegenheiten läßt erhoffen, daß die Gefangenen bald in die Heimat zurückkehren werden.

Konstantinopel. Die türkische Polizei verhaftete die Schwester Enver Paschas, die sich anschickte, ihren kranken Mann Bey zu besuchen, der sich im Krankenhaus aufhält. Die Polizei beschlagnahmte bei ihr drei Kisten mit zahlreichen Juwelen, Gold und Silber, die einen bedeutenden Wert darstellen.

Aus Nassau und Umgebung.

Nassau, 14. Juli.

Faustball-Wanderpreis. Der in Singhofen von der 1. Faustballmannschaft der Turn- und Sportgemeinde „Nassovia“ in glänzender Form errungenen Wanderpreis, der ab heute im Schaufenster des Konsumvereins (J. W. Kuhn) zur Ansicht aus.

Obst- und Gartenbauverein. Am 8. Juli hat der Vorstand des Obst- und Gartenbauvereins beschlossen im Herbst eine Obstausstellung in Nassau zu veranstalten. Die Ausstellung ist gelegentlich eines Marktes gedacht und soll gemeinsam mit den benachbarten Ortsvereinen veranstaltet werden. Der Kreisverein wird die Ausstellung durch Gewährung von Preisen unterstützen. Weiter wurde die Erhöhung des Vereinsbeitrags vom 1. Januar 1920 ab auf jährlich 4 M. beschlossen. Der Vorstand beschloß diese Erhöhung, da der bisherige Beitrag von jährlich 2,50 M. zur Deckung der erhöhten Geschäftskosten nicht mehr reicht. Die Erhöhung auf 4 M. ist auch unwesentlich, da insbesondere die Geisenheimer Mitteilungen über Obst- und Gartenbau, welche ein unentbehrlicher Ratgeber geworden ist, nach wie vor unentgeltlich geliefert wird. In Kürze soll ein Vortrag des Herrn Obst- und Weinbauinspektors Schilling stattfinden zur Förderung des Anbaues von Beerenobst.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche hat bisher wenig Erfolg gezeigt. Die Zunahme der Seuchefälle ist eine äußerst rasche. Nach den Zusammenstellungen des Reichsgesundheitsamtes waren von der Maul- und Klauenseuche befallen: Am 15. Mai 1920 399 Bezirke - 2225 Gemeinden - 14384 Gehöfte. Am 31. Mai 1920 400 Bezirke - 3574 Gemeinden - 30394 Gehöfte. Inzwischen ist eine weitere große Zunahme erfolgt. Einen erfolgreichen Kampf gegen die Viehseuche ist nun mit Hilfe von Dämpfen unternommen worden, die durch Verdampfungsapparate in den Ställen entwickelt werden. Die Methode wurde schon vor Jahren mit Erfolg erprobt und vom beamteten Tierarzt Hermann zur Einführung empfohlen. In den letzten Wochen wurden gleichfalls glänzende Resultate erzielt und von be-

hördlicher Seite auf die mit dem Apparat laut vorliegenden Zeugnissen erzielten Erfolge aufmerksam gemacht. Der Apparat, der auch gegen andere Viehseuchen laut Zeugnissen mit Erfolg angewendet wurde, sowie zum Desinfizieren von Ställen verwendet werden kann und behördlich empfohlen ist, wird von der Metallwarenfabrik Friedrich Hanst, Nürnberg, Abt. Apparate, geliefert. Näheres siehe Inserat.

Weinähr. Vom hiesigen Turnverein errangen auf dem Bezirkswettbewerb in Singhofen Carl Seibel den 2., C. Wolf den 8., A. Mono den 13., G. Brentano den 15., C. Burkhardt den 18., A. Seel den 20. und J. Schäfer und J. Spies den 21. Preis.

Langenschwalbach, 9. Juli. Die Stadtverordnetenversammlung erklärte sich bereit, den Plan zur Errichtung einer Autolinie seitens der Postverwaltung von Nassau über Langenschwalbach nach Idstein zu unterstützen, eventl. mit einem Zuschuß beizupflegen, wenn das Unternehmen sich nicht rentieren sollte.

Bekanntmachung.

Täglich werden neue Maul- und Klauenseuchefälle zur Anmeldung gebracht. Die Zunahme der Seuche läßt darauf schließen, daß die Viehbesitzer die im Nassauer Anzeiger Nr. 74 vom 1. Juli 1920 bekannt gegebenen Verhaltensmaßregeln wenig oder gar nicht berücksichtigen. Es werden deshalb folgende genau zu beachtende Vorsichtsmaßnahmen erneut zur Kenntnis gebracht:

Aber die Ställe, in denen verseuchtes Klauenvieh steht, ist die Sperre verhängt. Die Verwendung der auf den Gehöften befindlichen Pferde und sonstigen Einhufer ist gestattet, jedoch nur unter der Bedingung, daß die Hufe vor dem Verlassen der Gehöfte desinfiziert werden. Geflügel ist so zu verwahren, daß es die Gehöfte nicht verlassen kann. Weggabe von Milch ist nur in gekochtem Zustande zulässig. Die Entfernung des Dinges aus den verseuchten Ställen und die Abfuhr von Dünger und Jauche aus den verseuchten Gehöften darf nur nach erfolgter Übergabe mit dicker Kalkmilch erfolgen. Personen, die mit kranken und verdächtigen Tieren in Berührung gekommen sind, müssen die etwa beschmutzten Kleider und das Schuhwerk wechseln oder reinigen und desinfizieren. Mit Gerätschaften, Fahrzeugen, Behältnissen oder sonstigen Gegenständen ist in ähnlicher Weise zu verfahren. Die Stallgänge der verseuchten Ställe, die Plätze vor den Türen der verseuchten Ställe usw. sind täglich mindestens einmal mit dünner Kalkmilch zu überlegen. Die abgesperrten Ställe dürfen nur von den Besitzern der Tiere, deren Angehörigen oder vom Tierarzt betreten werden. Sämtliche im Stadtbezirk vorhandenen Hunde sind festzulegen, oder an der Leine zu führen.

Sofern Tiere gefallen sind, ist dies auf dem Bürgermeisterramte anzumelden. Das Bürgermeisterramt veranlaßt die Benachrichtigung des Waisenmeisters. Das Betreten des vom Waisenmeister bewohnten Hauses wird verboten. Die von der Polizeiverwaltung ergehenden Anordnungen bezügl. Verbringung der gefallenen Tiere auf den Waisenplatz sind genauestens zu befolgen.

Im Interesse aller Viehbesitzer liegt es, wenn diese Maßregeln genauestens beachtet werden. Mit Rücksicht auf die der Allgemeinheit entstehenden erheblichen Schäden werden Verstöße hohe Strafen nach sich ziehen.

Nassau, den 13. Juli 1920.

Die Polizeiverwaltung:

J. B. Der Beigeordnete: Unverzagt.

Bekanntmachung.

Es steht in Aussicht, daß der Kreis einen Betrag auswirft zur Entschädigung der Viehbesitzer, denen infolge Maul- und Klauenseuche Vieh gefallen ist. Bis zum 15. Juli, mittags 12 Uhr, wird um Anmeldung der Zahl der gefallenen Tiere ersucht.

Nassau, 14. Juli 1920.

Der Bürgermeister:

J. B. Der Beigeordnete: Unverzagt.

Bekanntmachung.

Die Stelle eines Nachwächters ist sofort neu zu besetzen. Bewerbungen - auch von Kriegsbeschädigten - umgehend erbeten.

Nassau, 13. Juli 1920.

Der Magistrat:

Unverzagt, Beigeordneter.

Einladung.

zu einer Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Freitag, den 16. Juli 1920, nachmittags 5 Uhr, im Rathausaale.

Tagesordnung:

1. Feststellung der Stadtrechnung für das Rechnungsjahr 1918
2. Begegnung im Distrikt Altdorf.
3. Wahl der Mitglieder des Nichteinigungsamtes.
4. Wahl der Mitglieder des Wohnungsamtes.
5. Mitteilungen.

Der Magistrat wird zu dieser Sitzung eingeladen. Die Akten liegen am Donnerstag, den 15. Juli, im Rathause zur Einsicht offen.

Nassau, den 13. Juli 1920.

Medenbach,

Stadtverordneten-Vorsteher.

Nachrichten des Wirtschaftsamt der Stadt Nassau

Grüne Erbsen.

In den Geschäften von Joh. Egenolf, Ww. Lorch und Ww. Strauß stehen grüne Erbsen kartenfrei zum Verkauf. Preis 2 Mk. pro Pfund.

Bohnen.

Die Geschäfte A. Trombeta, Auguste Bach, Konsumverein (Haus J. W. Kuhn), Kölner Konsum haben Bohnen zum kartenfreien Verkauf erhalten. Preis 2 Mk. pro Pfund.

Peluschken.

In den Geschäften von Johann Egenolf, Ww. Lorch und Ww. Strauß stehen Peluschken zum kartenfreien Verkauf. Preis pro Pfd. 1,50 Mk.

Margarine.

In den Geschäften von Egenolf, Kölner Konsum, A. Trombeta, A. Strauß Ww., Auguste Bach und Konsumverein (Haus J. W. Kuhn) steht Margarine kartenfrei zum Verkauf. Preis pro Pfund 9 Mk. Verkauf auch an Auswärtige.

Fleisch.

Der Verkauf von Fleisch und Fleischwurst findet am Samstag, den 17. Juli in den Metzgereien L. Reumann Wwe., Heinrich Paulus, P. Hammerstein, J. Lindheimer und A. Steuber statt.

Marmelade.

Die Geschäfte Joh. Egenolf, Ww. Lorch, Ww. Strauß, Ww. Buch, Frau Auguste Bach, Konsumverein (Haus J. W. Kuhn), Karl Pöbler und Kölner Konsum haben Marmelade zum freien Verkauf erhalten. Preis 4,20 M. das Pfund. Verkauf auch an Auswärtige.

Kindergerstenmehl.

In den Geschäften von Johann Egenolf, Ww. Buch, Frau Auguste Bach, Konsumverein (Haus J. W. Kuhn), Kölner Konsum ist Kindergerstenmehl kartenfrei erhältlich. Preis 65 -/- pro Paket.

Brotgetreide-Selbstversorger.

Die Anordnung des Kreisausschusses des Unterlahnkreises betr. Verbrauchs- und Maßvorschriften für Brotgetreide-Selbstversorger ist im amtlichen Kreisblatt vom 9. Juli Nr. 72 abgedruckt. Diejenigen Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe die noch mit Brotgetreide (12 Kg. pro Kopf und Monat) sich selbst versorgen wollen, haben dies bis Dienstag, den 20. Juli cr., vormittags, auf dem Bürgermeisterramte, Zimmer 1, anzumelden. Später eingehende Anmeldungen können nicht berücksichtigt werden.

Bekanntmachung.

Nach § 41 des Gesetzes über das Reichsnotopfer ist der Abgabepflichtige berechtigt, Vorauszahlungen auf die noch nicht veranlagte Abgabe zu leisten. Die Vorauszahlung kann außer durch Barzahlung, für die besondere Vergünstigungen bestehen, auch durch Hingabe von Schuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen und Schahnanweisungen des Deutschen Reichs erfolgen. Da das Reichsnotopfer vom 1. Januar 1920 an mit 5 v. H. verzinst werden muß, empfiehlt sich alsbaldige Vorauszahlung. Auch vor der Veranlagung wird jeder an Hand des Gesetzes ohne Schwierigkeiten wenigstens die Mindestgrenze seiner Abgabe selbst berechnen können; auch werden die Finanzämter bereit sein, den Abgabepflichtigen bei dieser Berechnung an die Hand zu geben.

Da die Steuerkurse für die anderen Anleihewerte noch nicht feststehen, kommen vorerst für die Annahme nur selbstgezeichnete oder als selbstgezeichnet geltende Schuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen und Schahnanweisungen der Kriegsanleihe in Frage. Bis zum 31. Dezember 1920 werden die 4 1/2 %igen Zinsen, selbstgezeichneten Schahnanweisungen der 4. und 5. Kriegsanleihe zum Werte von 96,50 M. für je 100 M. Nennwert, alle übrigen selbstgezeichneten Stücke der Kriegsanleihe zum Nennwert angenommen, falls die Stücke noch mit den Zinscheinen mit Zinslauf vom 1. Januar 1920 versehen sind. Bei Anleihestücken mit späterem Zinslauf erfolgen entsprechende Abzüge.

Wer selbstgezeichnete Schuldverschreibungen oder Schahnanweisungen der Kriegsanleihe hingeben will, hat zunächst den Nachweis der Selbstzeichnung sich durch eine Bescheinigung der Zeichnungsstelle (Vermittlungsstelle) in Ausnahmefällen eine solche des zuständigen Finanzamts zu verschaffen und sodann die Stücke unter Verfühlung dieser Bescheinigung mit einem durch Ausfüllung eines Vordruckes zu stellenden Antrags bei einer Annahmestelle einzureichen.

Als solche Annahmestellen kommen für den Bezirk des Landesfinanzamtes Cassel in Betracht: Die Regierungshauptkassen Cassel und Wiesbaden, die Oberfinanzkassen Cassel, die Zollkassen der Hauptzollämter Cassel, Frankfurt a. M., Borsenstraße und Niedenau, Hanau, Marburg a. L., Oberlahnstein, Wiesbaden und der Zollämter Dillenburg, Eschwege, Fulda, Höchst a. M., Limburg, Wehlart. Ferner werden als Annahmestellen eine Reihe von größeren Sparkassen bestimmt und bekannt gegeben werden.

Wer zur Entrichtung des Reichsnotopfers Schuldbuchforderungen des Deutschen Reichs verwenden will, hat bei der Reichsschuldenverwaltung (Schuldbuchangelegenheiten) in Berlin S. W. 68, Oranienstr. 92-94, einen Antrag auf Uebertragung seiner Schuldbuchforderung oder eines entsprechenden auf volle Hundert Mark lautenden Teiles auf das Konto der Reichskasse für Reichsnotopfer auf besonderen Vordruck zu stellen.

Die Vordrucke zu den Anträgen werden den Abgabepflichtigen von den genannten Annahmestellen oder auch den Finanzämtern kostenfrei verabfolgt.

Cassel, den 14. Juni 1920.

Der Präsident des Landesfinanzamtes.

gez. S a e m i c h.

Vorstehende Bekanntmachung wird hiermit veröffentlicht mit dem Hinzufügen, daß die Landesbankstellen in Diez, Bad Ems und Nassau ebenfalls als Annahmestellen bestimmt worden sind. Wer Vorauszahlungen auf das Reichsnotopfer durch Hingabe von Schuldverschreibungen und Schuldbuchforderungen des Deutschen Reichs leisten will, wird gebeten, die für die Antragstellung gem. § 41 der Ausführungsbestimmungen zum Reichsnotopfergesetz vorgeschriebenen Formulare bei dem unterzeichneten Finanzamt anzufordern.

Diez, den 8. Juli 1920.

Der Vorstand des Finanzamtes.

Markloff.

10% Ermäßigung auf Restbestände in weißen Damenschuhen, Schnür und Spangen, alle No.

Als besonders preiswert empfehle: Prima Herren - Vorkalstiefel 175,- Mk. Rindleder - Artikel in allen Größen in guter Ausführung und niedrigsten Tagespreisen.

H. Adami, Obernhofstraße 40.

Turn- und Sportgemeinde „Nassovia.“

Samstag, den 17. Juli 1920, abends 8 1/2 Uhr:

Monatsversammlung

bei Gastwirt Paulus.

Turn- und Sportgemeinde abends 6 Uhr: Spielen; Freitag abends 8 Uhr: Turn- „Nassovia“. Donnerstag, 7,30 Uhr abends Spiel der 1. geg. die 2. Fußballmannschaft.

Abstellung der Arbeitslosigkeit.

Das Programm des Reichsarbeitsministers.

Ein Vertreter des Volksbundes hatte Gelegenheit, den neuen Reichsarbeitsminister Dr. Braun über die gegenwärtige Arbeitslosigkeit und die Maßnahmen, die zu ihrer Beseitigung dienen können, zu sprechen.

Der Minister betonte einleitend, er bedauere außerordentlich, daß durch die Vertagung des Reichstages sich auch die Erörterung der Interpellation über die Arbeitslosigkeit nicht habe erledigen lassen. Er lege großen Wert darauf, daß die Lage auf dem Arbeitsmarkt und die Mittel zu ihrer Besserung baldmöglichst vor dem ganzen Lande besprochen würden.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt

Sei besonders ernst deshalb, weil schon seit Anfang der Demobilisierung eine schwere Arbeitslosigkeit bestünde. Erstreuerweise sei die Ziffer der unterstützten Erwerbslosen seit dem Sommer 1919 in einem ständigen erheblichen Rückgang begriffen gewesen. Sie habe ihren günstigsten Stand am 1. Juni 1920 mit rund 270 000 erreicht. Die gleiche Entwicklung habe sich auch im Auslande, dort aber sehr viel schneller und nachdrücklicher, vollzogen, und nunmehr steige in Deutschland seit dem 1. Juni die Zahl der unterstützten Erwerbslosen wiederum. Die Steigerung sei allerdings nicht so stark, wie es in der Öffentlichkeit vielfach angenommen wird. Die Krise wolle sich vorläufig vor allem in einer ausgedehnten Verkürzung der Arbeitszeit aus. Es sei aber zu fürchten, daß bei der Fortdauer der Krise die Zahl der eigentlichen Stilllegungen wachsen werde.

Die Gründe der Krise sind, wie der Minister weiter bemerkt, in der Öffentlichkeit vielfach erörtert worden. Sie sind nicht zuletzt in den Wirkungen des Friedensvertrages begründet, sind jedenfalls vorwiegend wirtschaftlicher Natur und müssen deshalb auch in erster Linie mit wirtschaftlichen Mitteln bekämpft werden. Immerhin kommen auch wichtige sozialpolitische Hilfsmittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Frage. Vor allem handelt es sich darum, die Arbeitsgelegenheit, die vorhanden ist, voll auszunutzen. Zu diesem Zweck ist das Reichsamt für Arbeitsvermittlung geschaffen worden. Ihre endgültige Grundlage soll die Arbeitsvermittlung im Reich durch das Gesetz über das Arbeitsnachweiseswesen erhalten, das dem Reichstag sobald als möglich vorgelegt werden soll. Die besondere Aufgabe der Arbeitsvermittlung wird bis auf weiteres die Berufsumstellung zahlreicher Arbeitskräfte sein. Darin sind im Laufe des letzten Jahres bereits sehr wesentliche Erfolge erreicht worden. So hat beispielsweise der Steinkohlenbergbau 1914 790 214 Arbeitskräfte beschäftigt, 1917 nur noch 541 070, 1919 dagegen 666 855. Im Braunkohlenbergbau werden heute mehr als doppelt soviel Arbeitskräfte beschäftigt als im Frieden. Auch die Umstellung in Landwirtschaft ist mit bestem Erfolg durchgeführt worden, als vielfach angenommen wird. Vielfach hängt die Umstellung von Arbeitskräften von einer besonderen Ausbildung ab, die sie erhalten müssen; vielfach auch von einer Ausstattung mit Kleidung, Wäsche, Schuhwerk, Handwerkzeugen.

Neben der Ausnutzung der vorhandenen Arbeitsgelegenheit steht

die Bemühung um neue Arbeit.

Sie ist mehr gegeben, als die Öffentlichkeit weiß. Nicht weniger als 330 000 Arbeitskräfte sind nach den Berechnungen des Reichsfinanzministeriums im Durchschnitt des Jahres 1919 mit Notstandsarbeiten beschäftigt worden. Das Reich hat an 470 Millionen Mark Zuschüsse dafür gezahlt. Die Arbeiten haben insgesamt 3 Milliarden Mark gekostet, also etwa das Dreifache von dem, was in der gleichen Zeit an Unterstützungen für Erwerbslose gezahlt worden ist.

Neuerdings sind die Notstandsarbeiten in das System der produktiven Erwerbslosenfürsorge übergegangen, dessen Grundlagen in diesem Winter im Reichsarbeitsministerium geschaffen worden sind. Die produktive Erwerbslosenfürsorge will vor allem Arbeiten unterstützen, die von volkswirtschaftlichem Wert sind. Die Aktion setzt erst ein. Bisher sind 17 Millionen Mark an Zuschüssen für 271 Arbeiten bewilligt worden, die mehr als 16 000 Erwerbslose auf rund 4 Monate beschäftigen werden. Darüber hinaus wird aber eine sehr große Zahl von weiteren Unternehmungen bearbeitet. Ich nenne des Beispiels halber nur den Bau von Häfen, von Wasserstraßen und Talsperren, von Kunststraßen, die landwirtschaftliche Ueberflutungsgebiete erschließen, und ähnliches mehr. Bekanntlich wird zur Zeit der Gedanke erwogen, die produktive Erwerbslosenfürsorge auch für die Belebung der privaten Industrie einzusetzen. Darüber hinaus ist die Allgemeinheit verpflichtet, sich der unversicherten Erwerbslosen anzunehmen.

Die Erwerbslosenfürsorge

In ihrer gegenwärtigen Gestalt darf nur als ein vorläufiger Versuch gewürdigt werden. Sie soll sobald als möglich durch eine Arbeitslosenversicherung ersetzt werden. Ein Entwurf eines Gesetzes liegt bereits vor. Seit November 1918 hat das Reich mehr als 700 Millionen Mark für die Erwerbslosenfürsorge ausgezahlt. Länder und Gemeinden haben ihrerseits weitere 700 Millionen aufgebracht. Bei der ständig wachsenden Teuerung ist aber die Notlage unter den Erwerbslosen zweifelhaft groß, besonders bei denen, die schon längere Zeit erwerbslos sind und dabei eine Familie zu ernähren haben. Der Reichsregierung erscheint es dringend erwünscht, daß dieser eben umfassen Gruppe von Erwerbslosen eine verstärkte Fürsorge zuteil wird. Eine Entscheidung darüber wird aber erst ergehen können, wenn nach der Rückkehr des Finanzministers aus Spa die Finanzlage des Reiches voll übersehen werden kann. Die Bedürftigkeit des Erwerbslosen muß in jedem Falle sorgsam geprüft werden. Einnahmen, die er aus anderer Quelle bezieht, müssen angerechnet werden. Eine Ausnahme ist in den gesetzlichen Bestimmungen nur für Unterstützungen vorgesehen, die der Erwerbslose auf Grund eigener oder fremder Fürsorge bezieht, sowie für Rentenbezüge. Sie werden nur zur Hälfte angerechnet. Die Reichsregierung hat sich aber neuerdings entschlossen noch weiter zu gehen und laufende Unterstützungen, die sich der Erwerbslose durch eigene Vorsorge für den Fall der Arbeitslosigkeit gesichert hat, insbesondere also die Arbeitslosenunterstützungen der Gewerkschaften, künftig ganz außer Ansatz zu lassen. Dieser Beschluß der Reichsregierung wird in Kraft treten, wenn nicht seitens der Länder, die noch gehört werden müssen, schwerwiegende Bedenken erhoben werden.

Nach in einem weiteren Punkte wird die Erwerbslosenfürsorge der gegenwärtigen schwierigen Situation angepasst werden müssen. Es war vorgesehen, daß vom 1.

August an die Erwerbslosen nur noch 26 Wochen unterstützt werden sollten. Den Gemeinden steht die Befugnis zu, mit Zustimmung der Landesregierung ausnahmsweise eine längere Unterstützung zu bewilligen. Ich werde jetzt mit Rücksicht auf die Lage des Arbeitsmarktes die Gemeinden ermächtigen müssen, bei der Bewilligung solcher Ausnahmen weitgehende Rücksicht zu üben. Die Erwerbslosenfürsorge ist nur ein unzulängliches Mittel, um die Wirkungen der Arbeitslosigkeit auszugleichen. Sehr mit Recht verlangt die Arbeitnehmerschaft nicht Unterstützung sondern Arbeit. Es ist selbstverständlich, daß ein Betrieb nur dann stillgelegt werden darf, wenn es wirklich unmöglich ist, ihn fortzuführen. Bisher hat es sich meines Wissens in keinem Falle nachweisen lassen, daß eine Stilllegung aus andern, als zwingenden wirtschaftlichen Gründen erfolgte. Kommen solche Fälle vor, so müssen sie auf das entschiedenste bekämpft werden. Die Demobilisationsbefugnisse geben wirksame Handhabe dazu. Wenn sich ihre Verstärkung als notwendig erweist, so muß sie herbeigeführt werden.

Eine andere Frage, die die Arbeitnehmer vielfach erregt, ist

die Leistung der Ueberstunden.

Bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage dürfen Ueberstunden nur in Frage kommen, wenn die gleiche Leistung nicht durch eine Einstellung weiterer Arbeitskräfte erreicht werden kann. Auf der anderen Seite gibt es Fälle, in denen die Ueberstunden in bestimmten Berufsgebieten und Betriebsteilen Voraussetzung dafür sind, daß eine größere Zahl von Betriebskräften eingestellt und beschäftigt werden kann. Hier besteht aus Gründen der Solidarität meines Erachtens geradezu eine sittliche Pflicht zur Leistung der Ueberstunden.

An diese Solidarität der Arbeitnehmer und darüber hinaus aller Volksgenossen, so schließt der Minister, möchte ich abschließend mit allem Nachdruck appellieren. Die schwere Krise, in der wir stehen, kann nur überwunden werden, wenn alle Teile des Volkes, insbesondere Arbeitgeber wie Arbeitnehmer bereit sind, die Opfer zu leisten, die die Stunde von ihnen fordert.

Kursnotiz mitgeteilt von der Nass. Landesbank

%		Gold	Brief
4	Nass. Landesbank	100,—	100,—
3 1/2	do.	94,—	—
3 1/2	do.	89,—	—
3	do.	81,—	—
4	Frankf. Hyp.-Bank	100,00	100,00
3 1/2	do.	82,80	82,80
4	Frankf. Hyp.-Creditverein	98,75	98,75
3 1/2	do.	86,—	86,—
5	Deutsche Reichsanleihe	79,50	79,50
4	do.	70,50	70,50
3 1/2	do.	62,75	62,75
3	do.	60,—	—
	Davison		
	Frankreich	319 1/2	320 1/2
	Holland	1341	1344
	Schweiz	680 1/2	682 1/2
	Schweden	835	837

Die Stelle des

Bürgermeisters

der Stadt Nassau-Lahn ist zum Herbst neu zu besetzen. Die Wahl erfolgt am 12. Jahre. Befolgung nach Gruppe 11 der preussischen Staatsbeamten. Frühere Dienstjahre können angerechnet werden.

Bewerber mit entsprechender Vorbildung und gründlicher Erfahrung im Verwaltungsdienst wollen Gesuche mit Lebenslauf, Zeugnissen und Lichtbild bis 15. August bei uns einreichen.

Nassau-Lahn, den 5. Juli 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Von Donnerstag, den 15. Juli an kommen auf der Stadtkasse zur Auszahlung die Quartiergeldnachzahlung für Bezahlung auf Grund des neuen deutschen Tarifes. Es erfolgen nur Nachzahlungen auf die bereits früher anerkannten Quartierleistungen, für die der französische Tarif bereits ausgezahlt ist. Neue Ansprüche können nicht mehr geltend gemacht werden.

Nassau, 9. Juli 1920.

Der Magistrat:

Unverzagt, Beigeordneter.

Fleischverorgungsbezirk Bergn. Scheuern

Die Fleischausgabe erfolgt in dieser Woche:

Samstag, von 9 Uhr vormittags ab.

Bergn.-Scheuern, 14. Juli 1920.

Der Bürgermeister:

Rau.

Grosse Vorteile

beim Einkauf bieten meine ganz bedeutend im Preise herabgesetzte:

Damenkonfektion, Wäsche u. Stoffe, Bekleidungsgegenstände, Herrenartikel, Manufakturwaren, Herren-, Damen- u. Kinderhüten, Wäsche für Herren, Damen und Kinder, Gardinen, abgepaßt u. am Stück, Handarbeiten.

M. Goldschmidt, Nassau.

Gemeinnützige Nassauische Möbelvertriebs-Gesellschaft m. b. H., Wiesbaden, Mühlgasse 7

Lieferung gediegener

Küchen-, Schlaf- und Wohnzimmer-Einrichtungen

für Kriegsteilnehmer und Minderbemittelte Teilzahlung ohne Preiserhöhung gestattet

Teilausstellung in Nassau a. d. R. bei:

Tapeziermeister Carl Peholdt

Konsumverein f. Wiesbaden u. Umgegend

e. G. m. b. H.

Filiale Nassau (Hans J. W. Kuhn)

Wir machen unsere Mitglieder nochmals darauf aufmerksam, daß bis zum 15. d. Mts. die Mitgliedsbücher in Couverts zwecks Verrechnung der Rückvergütung abgeliefert werden müssen.

Der Vorstand.

Der Beweis meiner Leistungsfähigkeit.

Krepons in farbig für Sommerkleider Mk. 10,80, Wäsche, mod. schöne Muster, Mk. 16,50, 13,50 Boiles, farb. gestreift, gebümt u. einfach 28,50, 24,50, 18,50, Schweizer Voll-Boiles 36,50, 28,50, 22,50.

Billige Baumwollwaren:

Kessel, 15,75, 12,75 Mk., Hemdentuch 18,50, 14,50, 12,50 Mk., Bettendamast 36,50 Mk., Schürzenstamosen 28,50, 22,50, 19,50 Mk., Kleiderstamosen 28,50, 24,50 Mk., Einfarb. Blieder für Unterröcke u. Hosen von Mk. 15,50 an.

M. Goldschmidt, Nassau.

Offertiere:

Küchenwagen, gute Qualität, Mk. 35,— das Stück
Haarmaschinen, „ 45,— „
Gießkannen, lackiert, „ 30,— „
Gemüseschüsseln, „ 3,50 „
Weingläser, auf Fuß, „ 2,50 „
Schrubber, „ 1,— „
Tassen, „ 2,— „
Glaster, „ 1,20 „
Schuhriemen, „ 0,50 das Paar,
Schuhwische, „ 1,— die Dose,
Kochtöpfe, emailliert, in den Preislagen zu
Mk. 18,—, 22,—, 25,—, 30,—, 35,— das Stück.

Albert Rosenthal.

Bonbons u. Pralinen

in grosser Auswahl

August Hermani

Schokoladen- u. Confitüren-Spezialgeschäft

Gegen Maul- und Klauenseuche

bewähren sich:

Hauts Seuchen-Apparate.

(D. R. P. a. System Ungelenk D. R. G. M. 591515) am Besten. Jeder Tierhalter, der sich vor großem Schaden bewahren will, muß den Apparat anwenden. Glänzende Erfolge! Behördliche Empfehlungen. Verlangen Sie sofort Prospekte. Bezirksvertreter, welche bei Landwirten gut eingeführt sind, gesucht.

Friedrich Haust, Nürnberg

Abt. 31 Apparate.

Maul- u. Klauenseuche!

Chlorkalk,

Lyso,

Creolin

wieder eingetroffen.

Drogerie Trombetta.

Frische Landeier

u. Maltahartoffeln

empfiehlt R. Hermes, Nassau.

Prima Reiskörbe,

Handkoffer, Postkörbe, weiße, runde, viereckige u. ovale Wäschkörbe, graue Obst- u. Kartoffelmägen in allen Größen, Obst-Ver-

sandkörbe, Spankörbe in großer Auswahl, sämtl. Korbwaren. Fensterleder.

Chr. Arzt, Nassau, Korb- und Stuhlflechterei, Römerstr. 12.

Zu verkaufen:

1 neuen Herrenanzug,

1 Jagdgewehr nebst 450 Patronen,

Verschiedene Bekleidungsstücke.

Meldung auf Oriskommandantur Nassau.

Kaisers

Brustkaramellen,

Paket 1 Mk., zu haben in der Konditorei Aug. Hermani.

Ein Paar

Touristenschuhe,

Größe 42, zu verkaufen. Bon wem? sagt die Geschäftsstelle.

Riesling-Wein,

ferner ein noch gut erh. f. h. w.

Ruhwagen

sterblich halber zu verkaufen.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

Lasse jede Woche einen

Waggon Gemüse kommen

für Händler extra Preise.

Frau Kapp,

Gemüse-Handlung,

Bad Ems.

Ich offeriere:

Hafer, Haferfuttermehl,

Haferkleie, Erbsenmehl, so-

wie Erbsen; ferner: Heu

u. Stroh — Waggonsweise

zu den billigsten Preisen.

Jacob Landau, Nassau.

Telefon 8.

Klavier-

stimmen

abernimmt

E. Mand, Coblenz.

Schlossstrasse 36.

Pergamentpapier,

Einmachehülse,

Salicylsäure,

Moskops

Tafel- und Weinflas-

empfehlen

Drogerie Trombetta.

Bereinsnachrichten.

Turn-Berein Bergna-